

Hildebrandt, Eckart

Book Part — Digitized Version

Voraussetzungen und Möglichkeiten gewerkschaftlicher Umweltpolitik

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Hildebrandt, Eckart (1989) : Voraussetzungen und Möglichkeiten gewerkschaftlicher Umweltpolitik, In: Georg Franzky (Ed.): Umweltpolitik in Berlin - Neubeginn nach der Wahl? Tagungsreader Fachtagung in Berlin, 26./27. Juni 1989, Berufsbildungswerk Berlin, Weiterbildungszentrum Umweltschutz, Berlin, pp. 117-124

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122785>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Voraussetzungen und Möglichkeiten gewerkschaftlicher Umweltpolitik

Eckart HILDEBRAND, WZB; IÖW

Wenn man die ersten Eindrücke und Urteile über gewerkschaftliche Umweltpolitik zusammenstellt, die die öffentliche Meinung bestimmen, ergibt sich ein sehr heterogenes Bild: Die Gewerkschaften müßten sich den neuen Umweltproblemen öffnen und hier aktiver Politik machen, sagen viele engagierte Umweltschützer; Umweltschutz wäre schon immer ein gewerkschaftliches Thema gewesen, behaupten dagegen gewerkschaftliche Chronisten. Konfliktverläufe in solchen Betrieben, die aufgrund der Schädlichkeit ihrer Produkte bzw. Produktionsprozesse existentiell gefährdet sind, zeigen dagegen häufig Betriebsräte an der Seite der Unternehmensleitungen gegen die Umweltinteressen in der Region. Offensichtlich versagen eindeutige Zuordnungen, müssen die Voraussetzungen und Varianten gewerkschaftlicher Umweltpolitik genauer geprüft werden, um zwei Fragen zu beantworten: Welche historischen Bedingungen fördern bzw. verhindern ein gewerkschaftliches Engagement in der Umweltpolitik?

Ist eine Ausweitung des gewerkschaftlichen Aktionsfeldes wirklich notwendig und wie kann sie erfolgen?

I. Gewerkschaften sind keine genuinen Umweltschützer

Es gibt eine Reihe von Faktoren, die aus der grundsätzlichen Aufgabenstellung der DGB-Gewerkschaften und der historisch gewachsenen Ausformung ihrer Programmatik und Organisation resultieren und ihre Stellung zur Ökologieproblematik definieren.

Traditioneller Kernbereich von Gewerkschaftsarbeit ist die Sicherung der Verkaufsbedingungen von Arbeitskraft und die Kontrolle der Anwendungsbedingungen von Arbeit im Betrieb. Die Wahl und die Entwicklung des Produktes wie auch die Gestaltung des Produktionsprozesses selbst waren und sind dagegen dem Dispositionsbereich des Unternehmers zugeordnet. In dieser historisch gewachsenen Rollenteilung hat sich gewerkschaftliche Betriebspolitik auf die nachträgliche Kontrolle sozialer Folgen konzentriert. Halten wir fest, **daß gesellschaftlicher Umweltschutz nicht zu den Kernbereichen gewerkschaftlicher Politik gehört.**

In diesen Kernbereich gehört aber der **Arbeits- und Gesundheitsschutz im Betrieb** als ein wichtiger Ausschnitt gesellschaftlicher Umweltpolitik. Hier haben die Gewerkschaften inzwischen über gesetzliche Normen und betriebliche Beauftragte ein hohes Schutzniveau erreicht, das sich gerade im Schadstoffbereich mit Aufgaben des betrieblichen Umweltschutzes deckt. Andererseits gibt es Stoffe, die unter dem Gesichtspunkt des betrieblichen Gesundheitsschutzes verträglich sind oder sogar eine

wichtige Verbesserung darstellen, in der Entsorgung aber große Probleme aufwerfen (z.B. FCKWs). Auch gibt es viele Praktiken, den innerbetrieblichen Raum auf Kosten der Umgebung zu entsorgen (z.B. Absaugen statt Stoffsubstitution). Natur ist für lange Zeit im gewerkschaftlichen Verständnis auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz im Betrieb reduziert worden.

Aber auch im Arbeits- und Gesundheitsschutz hat die Gewerkschaft Regularien entwickelt bzw. akzeptiert, die nur einen **relativen Schutz** zulassen.

Erstens arbeitet das Schutzsystem nach dem Prinzip der nachträglichen Korrektur: erst wenn signifikante Schäden in einer erheblichen Zahl von Fällen eingetreten sind und ursächlich zugeordnet werden können, werden die Ausgangsbedingungen mit dem Ziel der Schadensvermeidung verändert.

Zweitens wird davon ausgegangen, daß bestimmte Grade oder Dosierungen von Belastungen nicht vermeidbar sind bzw. deren Vermeidung zu unzumutbaren Kosten führen würde, und daß diese auch zumutbar sind. Inzwischen hat sich erwiesen, daß Langfristwirkungen kombinierter Schadstoffe, die sich oft in diffusen Krankheitsbildern oder Befindlichkeitsstörungen äußern, durch die bisherige Praxis der MAK-Wert-Festsetzung nicht beherrscht werden können.

Drittens gibt es in den Gewerkschaften eine lange Tradition, besondere Belastungen durch Geld und neuerdings durch Freizeit zu kompensieren. Dahinter stand die Vorstellung, die verursachenden Prozesse zu verteuern und damit unrentabel zu machen - dieser Mechanismus ist in vielen Fällen nicht wirksam geworden, vielmehr sind die Kriterien der analytischen Arbeitsbewertung und der Belastungszuschläge zum Selbstverständnis der überwiegenden Mehrzahl der Arbeitnehmer geworden und zu einem wichtigen Bestandteil ihres Einkommens. Diese Regelungen fördern eine instrumentelle Arbeitsorientierung, nach der schlechte Arbeitsbedingungen auszuhalten und möglichst hoch zu entgelten sind, damit man sich mit hohem Einkommen dafür in der Freizeit entschädigen kann. Sie fördern auch Desensibilisierungen ("Wo gehobelt wird, da fallen Späne"), die gegenüber Umweltschäden und grüner Bewegung ("versponnene Kleinbürgersöhne") negativ zum Tragen gekommen sind.

Die **Hauptinteressen der Arbeitnehmer**, wie sie traditionell durch die Gewerkschaften eingefordert werden, sind Arbeitsplatzsicherheit, beruflicher Aufstieg einschließlich steigendem Einkommen und nicht zuletzt Investitionen in Arbeits- und Umweltschutz. Diese Interessen sind nur über prosperierende Unternehmen zu erreichen. Die Arbeitnehmer und auch die Gewerkschaften sind damit an die Prosperität "ihres" Unternehmens gebunden, was zu einem **gewerkschaftlichen Produktivismus** geführt hat: Der Lebensnerv eines Unternehmens darf durch gewerkschaftliche Forderungen nicht verletzt werden, prosperierende Unternehmen erzeugen auch Stolz bei Beschäftigten und Gewerkschaft. Grundlage des Unternehmenserfolges ist natürlich auch die eigene Arbeitsleistung, also das Arbeitsethos des engagierten, qualifizierten und qualitätsbewußten Arbeiters, auf dem immer auch das gesellschaftliche Selbstbewußtsein der Arbeiterbewegung beruht hat. In diesem Fall wird es allerdings für einzelbetriebliche Interessen in die Pflicht genommen; das bundesdeutsche Konzept von Interessenvertretung führt zu einer hohen **Betriebsbindung**. Arbeitnehmer und Gewerkschaften werden mit dem Argument des möglichen Arbeitsplatzverlustes erpressbar; erst langsam beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß nicht jeder Arbeitsplatz erhaltbar und erhaltenswert ist und daß entsprechend neue Strategien entwickelt werden müssen (vgl. exemplarisch den Umgang der IG

Metall mit dem Rüstungslobbyismus einiger Betriebsräte in der Rüstungsindustrie und den Arbeitskreisen Alternative Produktion). Die Kehrseite der Arbeitsplatzfixierung besteht darin, daß Umweltschutz wesentlich nur unter dem Aspekt der Sicherung von bestehenden und der Schaffung neuer Arbeitsplätze gesehen wird, als Mittel zu einem anderen Zweck. (vgl. DGB-Beschäftigungsprogramm).

Was für die Betriebsräte die Bindung an den Betrieb und das Unternehmen ist, ist für die Einzelgewerkschaften der Wirtschaftszweig, in dem sie die Beschäftigten organisieren. Mitgliederstärke und -entwicklung richtet sich u.a. nach der Prosperität der Branche, die Produkte der Branche werden mitgetragen: So ist die IG Metall von der Stabilität der Autobranche abhängig, die Gewerkschaft NGG propagiert das Rauchen in Maßen und die ÖTV organisiert die Hersteller und Betreiber von Atomkraftanlagen.

Entsprechend unterschiedlich sind die **Ansatzpunkte der Einzelgewerkschaften**, um die Branche zu ökologisieren, um bei gegebenen Bedingungen (wie Produktart, Art der Kunden, Art der ökologischen Risiken, industrielle Beziehungen) einen angemessenen und realisierbaren Weg zu finden:

- Die IG Metall setzt z.B. wesentlich an bestehenden Defiziten im betrieblichen Gesundheitsschutz an und mobilisiert über gezielte Schadstoff-Kampagnen ("Tatort Betrieb");
- die IG Chemie hat 1987 mit den Arbeitgeberverbänden ein Kommuniqué auf Spitzenebene abgeschlossen, das u.a. eine gemeinsame Einrichtung zur Information der Betriebsräte vorsieht (GIBUCI) und zu einer Reihe entsprechender Betriebsvereinbarungen geführt hat;
- die IG Bau-Steine-Erden knüpft mit ihrem Programm einer integrierten Stadterneuerung an der Kommunalpolitik an;
- die NGG sucht den Rückhalt für eine Verbesserung der Nahrungsmittelproduktion in Kampagnen zu gesunder Ernährung;
- die ÖTV legt einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Ökologisierung der staatlichen Eigenbetriebe und die Verbesserung der infrastrukturellen Voraussetzungen für ökologisches Wirtschaften ("Kommunalisierung").

Es handelt sich bei den aufgezählten Strategien nicht nur um unterschiedliche Anknüpfungspunkte, sondern auch um sehr unterschiedliche, teils alternative, teils sich widersprechende Positionen. Beispielsweise gibt es eine Reihe von Austritten von Betriebsräten und Gewerkschaftern in Atomkraftwerken aus der ÖTV, die ihre Interessen in der IGBE besser gewahrt sehen.

Abschließend zu den gewerkschaftlichen Voraussetzungen ist noch auf deren Stellung zu den Produkten einzugehen. Die Gewerkschaften haben traditionell die **Produktverantwortlichkeit** an die Unternehmensleitungen und an den Marktmechanismus gebunden: nur solche Produkte würden auf Dauer hergestellt, denen auch eine Nachfrage entspräche. Schon in der Frühzeit des Kapitalismus zeigte aber die sog. Neue soziale Frage, daß sowohl bezüglich der Produktqualität wie auch bezüglich der Verteilung der Produkte auf die Bevölkerung eine Korrektur zugunsten der ärmsten Schichten vorzunehmen ist; in der Folge brachte die Arbeiterbewegung eine **breite Gemeinwirtschaft** hervor, die die Grundbedürfnisse in Eigenregie abdeckte.

In den letzten Jahrzehnten ist dieses marktkorrektive Engagement der Gewerkschaften aufgrund des Aufbaus des Sozialstaates und der Nachkriegsprosperität, aber auch aufgrund fundamentalen Mißmanagements weitgehend abgebaut worden. D.h., daß dieses Korrektiv auf der Versorgungsseite nicht mehr existiert, und es ist auch nicht z.B. durch den Aufbau einer gewerkschaftlichen Verbraucherschutz-Politik kompensiert worden.

II. Die widersprüchliche Position der Beschäftigten zum Umweltschutz

Gewerkschaftspolitik baut im wesentlichen auf Mitgliederinteressen auf, ist damit aber keinesfalls identisch. Die Mitglieder reagieren maßgeblich auf die Situation im Betrieb und ihre lebensweltlichen Interessen, die sich natürlich für die verschiedenen Beschäftigtengruppen und Betriebstypen sehr unterschiedlich stellen. Insgesamt kann festgestellt werden, daß die entscheidenden Anstöße und Initiativen zum Umweltschutz in den letzten beiden Jahrzehnten **von außerhalb der Betriebe** gekommen sind, von den sog. Neuen sozialen Bewegungen, und daß diese das Bewußtsein der Beschäftigten inzwischen erheblich verändert haben, ohne daß ein entsprechendes aktives Umwelthandeln in den Betrieben entstanden ist. Auch dafür gibt es eine Reihe von tiefgehenden, strukturellen Gründen, die im folgenden kurz skizziert werden.

Im Zuge der Industrialisierung hat sich die **Beziehung des einzelnen Beschäftigten zum Endprodukt** grundsätzlich verändert. In der wenig arbeitsteiligen Produktion des Handwerks mit seinen kleinen Betriebseinheiten, einer überschaubaren Produktpalette und einem kleinen, regionalen Kundenmarkt, häufig noch auf der Basis persönlicher Kontakte, war hier die Beziehung noch relativ direkt. Der Handwerker konnte bestimmen, wie das Produkt aussehen sollte, er fertigte einen wesentlichen Anteil des Endprodukts und kannte die anderen Arbeitsgänge; er kannte häufig die Kunden und mußte diesen gegenüber bei Mängeln einstehen; der Handwerker war verantwortlich für sein Produkt. In den heutigen Mittel- und Großbetrieben dagegen, die die Produktmärkte bestimmen, haben sich die Verhältnisse völlig umgekehrt: Der Einzelne arbeitet an einem kleinen Teilaspekt oder Teilprodukt eines ihm häufig unbekanntem Endprodukts, er kennt im wesentlichen nur seine Abteilung, kennt keinen Kunden und kommt mit der Anwendung des Produkts selten direkt in Kontakt. Die Arbeitssituation wird immer weniger durch das Produkt bestimmt, sondern immer mehr durch den Produktionsprozeß, der weitgehend produktspezifisch wird (Maschinenbedienung, Steuerung-Überwachung-Wartung etc.). Eine Auseinandersetzung mit dem Firmenprodukt findet selten statt, die Verantwortlichkeit des einzelnen Produzenten für das Produkt ist abgeschnitten, über zig Firmen und Firmenbereiche verstreut.

Mit der innerbetrieblichen Trennung zwischen Produkt und Produzenten geht eine **gesellschaftliche Trennung zwischen Produzenten, Konsumenten und Betroffenen des gleichen Produkts** einher. Für den einzelnen Arbeitnehmer bedeutet das ein Auseinanderfallen seiner verschiedenen gesellschaftlichen Rollen, Positionen und Rationalitäten, je nachdem, in welcher Rolle er sich gerade befindet. Als Automobilbauer beschert ihm der Autoboom einen sicheren Arbeitsplatz, ein hohes Einkommen, Sozialleistungen und nicht zuletzt ein erhebliches soziales Ansehen. Als Konsument schätzt er sein Auto, ist aber durch die zunehmenden Nutzungseinschränkungen

gen durch Staus und Parkplatznot irritiert. Als Spaziergänger oder Urlauber wird er sich z.B. über den Autoverkehr in seiner Wohnstraße aufregen. Die neueren Entwicklungen sind dadurch gekennzeichnet, daß die **Betroffenenperspektive zunehmend in den Vordergrund tritt**, einfach deshalb, weil die Lebenswelt immer weitreichender und tiefgreifender beeinträchtigt wird.

In der instrumentellen Arbeitsorientierung ist die Einstellung zum Produkt über den Konsum bestimmt und demnach über das Einkommen. Den Arbeitnehmer interessiert prinzipiell nicht mehr, welches Produkt er produziert, sondern wieviel Lohn er für die Produktionsarbeit erhält und d.h., wieviel Konsum er sich leisten kann. Je mehr Lohn, desto mehr Lebensqualitäten - so lautet die Devise; mit mehr Lohn sei man nicht auf die schlechten und ungesunden Produkte angewiesen und könnte den Umweltschäden der Industrialisierung entgehen, z.B. durch Fernreisen.

Die Trennung zwischen Produkt und Produktion hat auch Auswirkungen auf die **Umweltorientierung im Betrieb**. Die weitgetriebene Arbeitsteilung im Betrieb im Zusammenwirken mit strengen Tätigkeitsvorgaben und Ausführungskontrollen führen dazu, daß jeder Arbeitnehmer sich nur für seinen kleinen Tätigkeits-Ausschnitt zuständig erklärt. Darin drückt sich auch eine Schutzhaltung aus, um nicht für andere Zuständigkeiten verantwortlich gemacht zu werden. Für Umweltschutz war aber bisher niemand in den Betrieben zuständig und Arbeitnehmer, die von sich aus Umweltaspekte berücksichtigt oder eingefordert haben, wurden häufig von ihren Vorgesetzten zurechtgewiesen. Die Fälle von Kündigungen, weil Betriebsräte oder Beschäftigte Verstöße gegen bestehende Gesetze öffentlich gemacht oder die Arbeit verweigert haben, sind die Spitze des Eisberges. So verwundert es nicht, daß viele Arbeitnehmer, abgesehen von Desinteresse und Gleichgültigkeit, Angst vor Umweltengagement im Betrieb haben und sich stattdessen z.B. in Bürgerinitiativen einsetzen.

Die genannten Verhältnisse haben sich auch in den **Denk- und Verhaltensweisen der Arbeitnehmer** verfestigt. In Bezug auf Gesundheits- und Naturschutz herrscht ein Denken vor, nach dem eine Intervention erst dann notwendig wird und auch ausreichend ist, wenn der Schaden sichtbar ist, wenn es wehtut. Mit diesem Denken kann aber nur ein kleiner Ausschnitt ökologischer Kreisläufe erfaßt werden. Umweltpolitik mit Perspektive erfordert antizipatives Denken in übergreifenden Zusammenhängen und vielschichtigen und teilweise diffusen Wirkungsketten. Das ist eine ungeheuerere Aufforderung. Dazu ein Beispiel: Früher genügte es, die Hand zurückzuziehen, wenn sie an eine heiße Herdplatte kam, heute muß der Gebrauch eines Lösungsmittels mit dem Weltklima in zwanzig Jahren in Verbindung gebracht werden.

All diese Einflußfaktoren auf das Denken und Verhalten der Arbeitnehmer sind nicht deshalb benannt, um eine vermeintliche Unmöglichkeit oder Unfähigkeit zum Umweltschutz zu belegen, sondern um Anforderungen an ein anderes Arbeitsverhalten auf realistische Füße zu stellen. Es gibt für eine ökologische Betriebspolitik durchaus eine Reihe von **positiven Anknüpfungspunkten**:

- Es gibt einen breiten öffentlichen Druck in verschiedensten Produkt- und Stoffbereichen, die auf eine ökologisch verträglichere Produktion drängen und sich in Gesetze, Auflagen, Normen umsetzen.
- Es gibt eine Vielzahl von Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen, die sich konkret in der Region gegen Umweltschädigungen wenden und z.T. einzelne Unternehmen unter Druck setzen.
- Es gibt betriebliche Umweltgruppen und Konversions- Arbeitskreise, die sich ausführlich mit den eigenen Produkten und Prozessen auseinandergesetzt haben und Änderungsvorschläge einschließlich neuer Produkte vorlegen.
- Es gibt auch einzelne Manager und Unternehmen, die hohe Umweltstandards zu einem zentralen Firmenziel erklärt haben und damit auch für gewerkschaftliche Anforderungen offen sind.

III. Ausweitung des gewerkschaftlichen Themenfeldes, warum und wie?

Aus den vorangegangenen Ausführungen läßt sich ablesen, daß einerseits Umweltschutz im weiteren Sinne durchaus zum gewerkschaftlichen Grundverständnis von "Lebensqualität" gehört - so auch der Titel einer IG-Metall-Tagung 1972 in Oberhausen. Viele dieser Bezüge sind mit dem Zerfall der Arbeiterbewegung und der teilweisen Verlagerung ihrer Funktionen auf andere Instanzen verlorengegangen und müssen jetzt unter veränderten Bedingungen reaktiviert werden. Gleichzeitig liegt in der "produktivistischen Vereinseitigung" von Gewerkschaftspolitik eine schwere Hypothek bisheriger Politik, die alle Regelungsbereiche durchzieht und bisher eine grundsätzliche Umorientierung in der Einstellung zur Naturaneignung verhindert hat. Es geht also nicht darum, ein zusätzliches Tätigkeitsfeld additiv den bisherigen hinzuzufügen. Das gegenwärtige Ökologieproblem ist auch Resultat bisheriger gewerkschaftlicher Strategien und Regelungen und macht ihre Überprüfung/Revision unter ökologischen Gesichtspunkten notwendig.

Darüber hinaus müssen natürlich auch direkt ökologiebezogene Politiken entwickelt werden.

Ein erhöhtes ökologisches Engagement der Gewerkschaften darf nicht bedeuten, die zuständigen gesellschaftlichen Instanzen und Regelungsmechanismen aus der Verantwortung zu entlassen. Die Gewerkschaften kommen aber unter massiven Handlungsdruck, sofern und soweit diese Instanzen versagen. Es ist folglich nicht Aufgabe der Gewerkschaften, die Verantwortung für neue gesellschaftliche Gestaltungsfelder an sich zu ziehen (z.B. die qualitative Umwandlung des Nahverkehrssystems oder die Umstellung der Energieversorgung), sondern massiven Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, konzeptuelle Anregungen zu geben und im eigenen Bereich Beiträge zur Umorientierung zu leisten. Es wäre durchaus denkbar, daß Arbeitnehmer auch einmal für die Erhaltung der Lebensqualität in der Stadt und für alternative Zukunftsentwürfe demonstrieren. Das zunehmende Engagement von Beschäftigten bei Betriebsstillegungen in Krisenbranchen und Krisenregionen sind als Vorformen dieser Entwicklung anzusehen.

Die Fähigkeit, die gewerkschaftlichen Kernaufgaben auch in Zukunft zu bewältigen, ist nicht nur an eine Neuformulierung traditioneller Politikfelder gebunden, sondern auch an eine Ausweitung der gesellschaftlichen Orientierung und dosierter Aktivitäten in diesem Feld.

Das hat zwei gewichtige Implikationen:

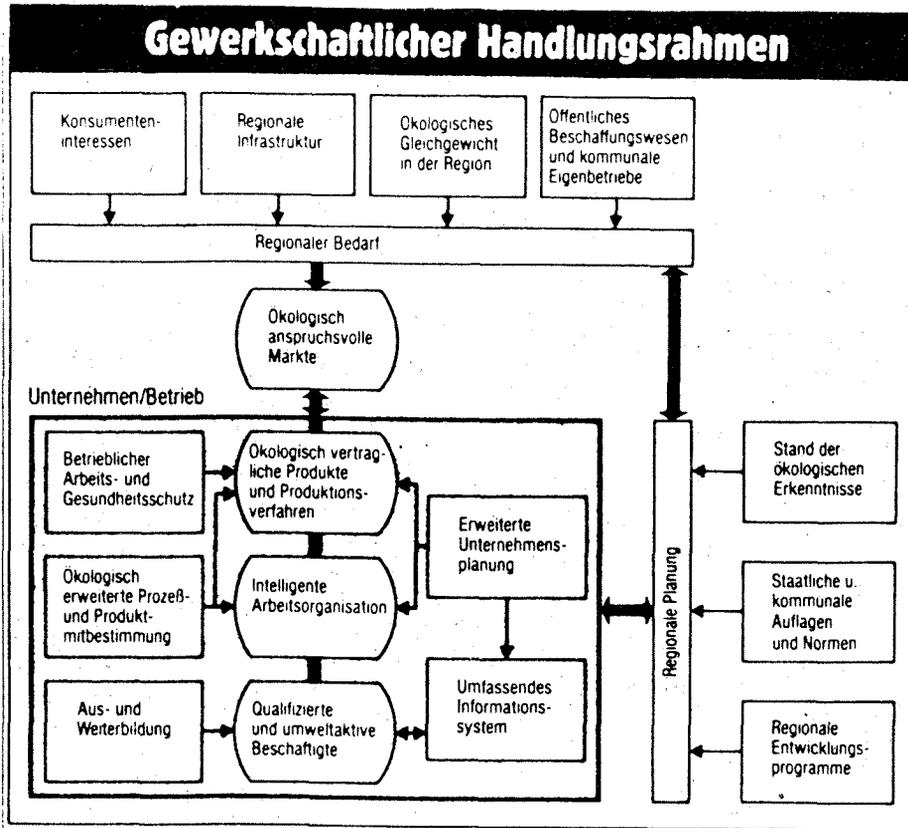
Erstens wird das Thema "**Arbeit und Umwelt in der Region**" erheblich an Bedeutung gewinnen. Beschäftigungsprobleme und Umweltschäden machen sich in der Region am stärksten bemerkbar, die Region als Lebenswelt wird zu einem immer wichtigeren Organisationsfeld gemeinsamer Interessen und zum Gegengewicht gegen einzelbetriebliche Rentabilitätskalküle.

Zweitens kann nicht mehr davon ausgegangen werden, daß die Arbeiterbewegung automatisch die richtigen Antworten auf die neuen und alten gesellschaftlichen Probleme hat und daß sie bei ihrer Bewältigung automatisch die Führungsrolle einnimmt. Die Gewerkschaften sind insbesondere in der Region zu schwach und agieren aus einer sehr eingeschränkten Sichtweise, die sich in mancherlei Hinsicht inzwischen als rückschrittlich herausgestellt hat. Sie müssen sich darauf orientieren, daß sie zur Durchsetzung ihrer Ziele "**heterogene Bündnisse**" eingehen müssen mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, auch mit solchen, die nicht unbedingt zum traditionellen Spektrum der Arbeiterbewegung gehören und mit denen sie ideologisch nicht voll übereinstimmen.

IV. Umweltpolitik in eine gewerkschaftliche Gesamtstrategie integrieren

Aus der zentralen These dieser Ausführungen, daß die Notwendigkeit einer umweltpolitischen Perspektive auch aus dem Umbruch und der Relativierung der traditionellen Politikfelder erwächst, folgt, daß es nicht um die Addition eines neuen Themenfeldes zu bereits bestehenden Themenfeldern geht. Es ist durchaus üblich, daß Großorganisationen neue Themen und Programme einfach dem bestehenden Programm hinzufügen. Dadurch entstehen dann widersprüchliche Teillogiken, nach denen Umweltschutz zwar Programm ist, durch weiterbestehende Regelungen in alten Themenfeldern aber faktisch konterkariert wird. Aspekte des Umweltschutzes durchziehen die Arbeitsbedingungen, die Lohn- und Leistungs politik und die Fragen der Beschäftigungsentwicklung. Und Umweltpolitik ist auch nicht einfach ein neues Feld der problemlosen Schaffung von Arbeitsplätzen. Das Ifo-Institut hat in einer neueren Studie ermittelt, daß Beschäftigungsgewinnen durch eine zusätzliche Umweltschutz nachfrage auch Verluste durch Produktionsstillegungen, Verzögerungen und höhere Kosten entgegenstehen, so daß die Zahl der dem Umweltschutz zuzuordnenden Arbeitsplätze zwischen 1980 und 1984 faktisch gleichgeblieben ist.

In dem folgenden Schaubild sind die Elemente einer integrierten Gewerkschaftsstrategie aufgezeigt, die Arbeitsqualität, Arbeitsschutz und Beschäftigung miteinander verbindet. Die Strategie geht davon aus, daß Unternehmen in Zukunft allein mit qualitativ hochstehenden und umweltverträglichen Produkten, die eng an den Kundenbedürfnissen orientiert sind, am Markt überleben können. Zur Bewältigung dieser Anforderungen bedarf es eines Produktionskonzeptes, daß ökologische Produktentwicklung und humane Prozeßtechnologien mit einer intelligenten Arbeitsorganisation und einer vielfältigen Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten miteinander verbindet ("spezialisierte Qualitätsproduktion").



6 Der Gewerkschafter 6/89

Zu dessen Durchsetzung bedarf es regionaler Voraussetzungen (regionale Entwicklungsprogramme, Kampagnen, Beratungskapazität), neuer Instrumente der Unternehmenspolitik (erweiterte Unternehmensplanung, Öko-Controlling) und auch neuer gewerkschaftlicher Instrumente wie Produkt- und Prozeßmitbestimmung. Nur in einem solchen Rahmen wird eine ökologische Orientierung der Gewerkschaften durchsetzbar und wirksam sein.